

Beschluss der SPD-Landtagsfraktion, 28.10.2020

Bewältigung der Corona-Pandemie: Landtag und Landesregierung handeln gemeinsam!

Zur Bekämpfung des Ausbreitens der Corona-Pandemie wurden in den letzten Monaten verschiedenste Verordnungen von Bundes- und Landesregierungen erlassen. Diese umfassen im Wesentlichen Verhaltensregeln für die Bevölkerung, die auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse das Ziel haben, die Ausbreitung des Virus zu hemmen, bestenfalls zu stoppen.

Angesichts der akuten Notlage und der Notwendigkeit des schnellen Handelns sieht die SPD-Landtagsfraktion dieses Vorgehen von Bundes- und Landesregierungen als gerechtfertigt an, zumal es oft auch auf kurzfristigen Vereinbarungen mit der Bundesregierung beruht. Trotz dieser Kurzfristigkeit war die bisherige Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesregierung sehr erfolgreich. So tagte Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz in der Anfangsphase der Pandemie fast wöchentlich.

Grundlage für das Handeln der Landesregierung ist das Infektionsschutzgesetz des Bundes, hier insbesondere der Paragraph 32 "Erlass von Rechtsverordnungen". Der Paragraph 32 sieht explizit auch die Möglichkeit der Einschränkung von freiheitlichen Grundrechten vor.

Doch eben genau diese Eingriffstiefe in die freiheitlichen Grundrechte und die Situation, dass auch nach nunmehr rund sieben Monaten "Leben in der Pandemie" ein Ende der Ausnahmesituation nicht absehbar ist, sollten zu Änderungen im Verfahren führen. Diese Problematik wird auch rechtswissenschaftlich intensiv diskutiert.¹

Es erscheint daher notwendig, den eigentlichen Gesetzgeber, sprich Bundestag und die Landtage noch stärker in die Entscheidungsfindung und Überprüfung der Verordnungen einzubeziehen. Dadurch werden die Verordnungen der Landesregierung in ihrem "demokratischen Legitimationsniveau" gestärkt, wie der Parlamentarische Beratungsdienst des Bundestages festgestellt hat.

¹ Vgl. insbesondere Papier des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages vom 19. Oktober 2020 sowie Protokoll des Fachgespräches zum Gesetzentwurf für ein Infektionsschutzbeteiligungsgesetz (DS 7/1123) im Hauptausschuss des Landtages Brandenburg am 16. September 2020.

Vor diesem Hintergrund fordert die SPD-Landtagsfraktion:

1. Zentrale Inhalte kommender Verordnungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sind, soweit dies zeitlich und organisatorisch möglich ist, im Vorhinein in den Fachausschüssen des Landtages oder im Landtagsplenum vorzustellen.
2. Die Informationswege, auf denen die Verordnungstexte in die parlamentarische Beratung gelangen, müssen optimiert werden. Zum einen müssen die Verordnungsentwürfe von der Landesregierung so früh wie möglich in die Landtagsverwaltung gegeben werden, zum anderen auch von dort umgehend an die Abgeordneten weitergeleitet werden.
3. Die Corona-Verordnungen der Landesregierung sind zu befristen und mit folgender Einschränkung zu versehen: "Der Inhalt dieser Verordnung ist vom Landtag zu prüfen und durch diesen veränderbar und aufhebbar."
4. Im zeitlichen Umfeld des Erlasses bzw. der Änderung einer Verordnung nach § 32 Infektionsschutzgesetzes werden Sondersitzungen des federführenden Ausschusses durchgeführt. Andere Ausschüsse können ebenfalls über die Verordnungen beraten.
5. Spricht sich ein Ausschuss mehrheitlich für die Änderung oder gar die Aufhebung einer Verordnung aus, so gibt es zwei Möglichkeiten:
 - Die Landesregierung passt die Verordnung umgehend entsprechend an bzw. zieht sie zurück.
 - Der Landtag tritt umgehend zusammen und berät über die vom Ausschuss angeregte Änderung bzw. Aufhebung einer Verordnung.